

Ausschuss „Migration/Inklusion“ der Deputation für Kinder und Bildung Sitzungsprotokoll der 8. Sitzung			
21. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2023 - 2027			
Sitzungstag 16.09.2025	Sitzungsbeginn 9:04 Uhr	Sitzungsende 11:48 Uhr	Sitzungsort Räume 118, 120 u. 122, Rembertiring 8-12, 28195 Bremen

Teilnehmer:innen: siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Genehmigung des Protokolls der 7. Sitzung vom 15.05.2025
- TOP 3 Überblick über die Neuzuwanderung im Schuljahr 2024/25 und Ausblick auf das neue Schuljahr 2025/26 (Xenia Köstergarten, SKB)
- TOP 4 Förderdiagnostik und Förderplanung in der inklusiven Schule (Ole Stratmann, Leiter uP an der OS Ohlenhof; Raphael Stöcklin, Leiter uP an der OS an der Delmestraße; Nadine Porwoll und Anika Fricke, Schulleiterin und Lehrkraft an der Neue Grundschule Lehe, Bremerhaven)
- TOP 5 Verschiedenes / Aktuelles
- Stand der Bildungsabteilungen an den ReBUZ (Bastian Hartwig, SKB)

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Abg. Yvonne Averwesser eröffnet die Sitzung und schlägt vor, unter TOP 5 - Verschiedenes zusätzlich das Thema „Einstellung der Nutzung externer Sprachmittlungsdienste in Schulen und ReBUZ der Stadtgemeinde Bremen“ zu beraten. Sie bittet um Zustimmung zur so erweiterten Tagesordnung.

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss genehmigt die erweiterte Tagesordnung.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der 7. Sitzung vom 15.05.2025

Abg. Yvonne Averwesser stellt das Protokoll der 7. Sitzung vom 15.05.2025 zur Abstimmung.

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss genehmigt das Protokoll der 7. Sitzung unverändert.

TOP 3 Überblick über die Neuzuwanderung im Schuljahr 2024/25 und Ausblick auf das neue Schuljahr 2025/26 (Xenia Köstergarten, SKB)

Ausführlich berichtet Xenia Köstergarten über die rechtlichen Grundlagen sowie die Entwicklung des Unterrichtsangebots für neu Zugewanderte in Vorkursen an Regelschulen, an den Willkommenschulen (WKS) sowie an den Lernorten in Landesunterkünften im Schuljahr 2024/25 (siehe Präsentation Anlage 1). Ab dem Schuljahr 2025/26 solle die Abschlussorientierung systematisch ausgebaut werden. In den Jahren 2028/29 erfolge eine Evaluation der Unterstützungsangebote der WKS, deren Einrichtung bis 1. August 2030 befristet sei.

Auf Rückfrage von Abg. Miriam Strunge beschreibt Xenia Köstergarten die Arbeitsweise in den Vorkursen (VK) der Grundschulen: Je nach räumlicher Kapazität besuchten 8-10 Kinder für in der Regel 6 Monate den VK mit 20 Unterrichtsstunden in der Woche, bei Bedarf sei auf Antrag eine Verlängerung möglich. Die Binnendifferenzierung in den VKs stelle die Lehrkräfte vor große Herausforderungen. Ein Konzept zur Optimierung der Alphabetisierung von Neuzugewanderten in der Grundschule sei perspektivisch geplant. In der neuen Verordnung über die Inklusiven Bildung an öffentlichen Schulen (BremInBiV) würden in § 7 Inhalte und Ziele näher beschrieben. In absoluten Zahlen würden derzeit 697 Plätze in 70 Grundschul-Vorkursen und 621 Plätze in 42 Oberschul-Vorkursen sowie 129 Plätze in 9 Vorkursen an Gymnasien angeboten

Der Abg. Holger Fricke erkundigt sich nach der Zahl der Kinder in den Landesaufnahmeeinrichtungen und fragt nach der - dem Vernehmen nach - erschwerten Elternarbeit. Xenia Köstergarten erläutert, dass die Zahl der Geflüchteten gesunken und das Lernangebot für Kinder in den LAS-ten grundsätzlich gesichert sei. Aktuell könnten alle Kinder versorgt werden, derzeit seien es insgesamt etwa 30 Kinder. Die Lernbegleiter:innen und die Schulsozialarbeiter:innen bemühten sich, durch verschiedene Maßnahmen den Kontakt zu Eltern und Betreuenden aufzubauen, zu halten und diese besser einzubinden.

Dr. Johanna B. Funck erkundigt sich, ob es eine Konzeption für die Teilintegration der Vorkurs-Schüler:innen gebe. Xenia Köstergarten erklärt, dass die Bremische Verordnung BremInBiV ein schulisches Förderkonzept erfordere, dies schließe auch die Vorkurse mit ein. Durch die jahrelange „Belastung“ der Schulen mit hohen Zuwanderungszahlen sei die konzeptionelle Entwicklung teilweise nicht in gewünschtem Maße erfolgt, dies werde aber nun angestrebt. Enge behördliche Vorgaben seien aufgrund der Volatilität der Zuwanderung nicht zielführend.

Auf Nachfrage von Abg. Yvonne Averwesser stellt Xenia Köstergarten den Stand der Baumaßnahmen in der WKS Ellmersstraße dar. Der Brandschutz und die notwendigen Fluchtwege würden zurzeit geschaffen. Derzeit werde der Gebäudeteil der Musikschule ertüchtigt, voraussichtlich zum 2. Halbjahr 2025/26 werde dann die Brandschutzertüchtigung im jetzigen WKS-Gebäudeteil begonnen. Laut Auskunft von Immobilien Bremen (IB) werde damit das Gebäude für die nächsten fünf Jahren für den Schulunterricht nutzbar sein.

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zu TOP 3 zur Kenntnis.

TOP 4 Förderdiagnostik und Förderplanung in der inklusiven Schule
(Ole Stratmann, Leiter uP an der OS Ohlenhof; Raphael Stöcklin, Leiter uP an der OS an der Delmestraße; Nadine Porwoll und Anika Fricke, Schulleiterin und Lehrkraft an der Neue Grundschule Lehe, Bremerhaven))

Ole Stratmann erläutert anhand der Regelungen der neuen Bremischen Verordnung über die Inklusive Bildung an öffentlichen Schulen (BremInBiV) den Kern der Förderdiagnostik und Förderplanung (siehe Präsentation Anlage 2). Ziel sei es, jedem Kind eine individualisierte Förderung im gemeinsamen Unterricht anzubieten. Der diagnostische Prozess lässt sich in drei Handlungsebenen gliedern, wobei die erste Ebene „Pädagogische Diagnostik“ von allen Lehrkräften als Querschnittsaufgabe im Rahmen der täglichen Arbeit durchgeführt werde. Zur pädagogischen Diagnostik zählten Unterrichtsbeobachtungen, Lernverlaufsmessungen, Screeningverfahren, Dokumentation und Planung von Förder- und Förderangeboten. Mit Durchlaufen der Ebenen steige die diagnostische Kompetenz der beteiligten Fachkräfte. Der individuelle Förderplan schließlich sei das zentrale Dokument, das die Umsetzung der Fördermaßnahmen in der Schule sicherstelle. Notwendig sei, für im Schuldienst Tätige Fort- und Weiterbildungsangebote zur Thematik „Diagnostik“ anzubieten und insbesondere für Lehramtsstudierende und Referendar:innen in den grundständigen Studienfächern Ausbildungsinhalte zu diagnostischen Praktiken zu schaffen. Hierzu seien bereits Gespräche mit der Universität Bremen geführt worden.

Aus der inklusiven Schulpraxis berichtet Raphael Stöcklin aus der Schule an der Delmestraße (siehe Präsentation Anlage 3). Das Konzept, dass die Schule an der Delmestraße verfolge, zeichne sich u.a. durch einen konsequent individualisierten Unterricht aus, der jedes Kind in seinen eigenen Stärken unterstütze und versuche, dessen Potenziale zu entfalten. Es könne sowohl in Gruppen als auch in Lerninseln gelernt werden. Dabei werde im Blick behalten, welche Standards die „Lernpartner:innen“ in ihren Jahrgängen erreichen sollten. Beim wöchentlichen Lerncoaching würden gemeinsam mit den einzelnen Lernpartner:innen die Lernstände und -ziele reflektiert, über itslearning werde in einer offenen und vorbereiteten Lernumgebung anschließend die Selbstlernkompetenz der Lernpartner:innen unterstützt und gefördert. Das fachliche Lernen gliedere sich in zwei wesentliche Bestandteile: die gemeinsame Lernzeit und die individuelle Lernzeit, wobei das Lernbüro eine zentrale Rolle für das individuelle Lernen spiele. Für jedes fachliche Thema liege ein umfangreiches Stationen-Lernen auf unterschiedlichen Niveaus vor. Eine Lernkontrolle erfolge über einen Gelingensnachweis, der in Form eines Zertifikats zugleich eine Leistungsrückmeldung darstelle, die über die sonst in Schule üblichen Nachweise weit hinaus gingen. Die „Delmestraße“ habe in ihrer Entwicklung u.a. vom bundesweiten Netzwerk „Blick

über den Zaun“ profitiert, einem Verbund reformpädagogisch orientierter Schulen, der seit 1989 bestehe.

Im sich anschließenden Austausch erläutert Raphael Stöcklin die unterschiedlichen Aufgaben von Fach- und Lerncoaches. Für etwa 24 Kinder seien zwei Lerncoaches zuständig, die einmal pro Woche mit den einzelnen Lernpartner:innen den Lernstand und ihr weiteres Fortschreiten besprächen, während die Fachcoaches den inhaltlich-thematischen Fachunterricht bestritten.

Einen weiteren Einblick in inklusive, individualisierte Unterrichtspraxis bieten Nadine Porwoll und Anika Fricke aus der Neuen Grundschule Lehe in Bremerhaven (siehe Präsentation Anlage 4). Die Schule arbeite mit einer „Cluster-Struktur“, bei der in Stammgruppen-übergreifenden, leistungshomogenen Gruppen gelernt werde. Die pädagogische Arbeit an der NGL fokussiere auf Basiskompetenzen - Lesen, Schreiben, Rechnen, - und habe analog zum „Leseband“ ein „Matheband“ eingerichtet, d.h. alle Kinder seien zum selben Zeitpunkt in einem homogenen Band. Grundsätzlich bestehe im inklusiven Unterricht die Herausforderung immer darin, Individualisierung in Gemeinschaft zu schaffen. Jedes Kind bekomme individuelle Betreuung, hierzu träfen sich die multiprofessionellen Teams einmal wöchentlich zum Austausch.

Die pädagogische Arbeit sei bedürfnisorientiert, da Kinder viel besser „mit Bedeutung“ lernten, wobei fachliches Wissen mit Bezug zur Alltagsrealität der Kinder vermittelt werde. Als Beispiel hierfür stellen sie den schuleigenen Kiosk vor. Dort werde anhand von Einkaufssituationen nicht nur mit einfachen Mitteln Mathematik gelehrt, sondern auch soziale, lebenspraktische und sprachliche Kompetenzen vermittelt bzw. erworben.

Landesbehindertenbeauftragter Arne Frankenstein dankt für die neuen Perspektiven, die eröffnet wurden und hält fest, dass sich durch Inklusion auch viele Chancen für leistungsstarke Schüler:innen ergäben. Er schließt sich der Aussage an, dass Individualisierung in Gemeinschaft ein zentrales Thema sei, es müsse ein inklusives Gesamtsystem entstehen.

Abg. Holger Fricke erkundigt sich nach den Auswirkungen des Fachkräftemangels. Nadine Porwoll beschreibt für ihre Schule den Ansatz, auch mit geringen Personalressourcen die Schul- und Unterrichtsstrukturen so zu organisieren, dass allen Kindern, insbesondere denjenigen mit Förderbedarfen, ausreichend Unterstützung zugutekommt. Raphael Stöcklin ergänzt, dass die Stundenkürzungen die Schulen sehr getroffen hätten.

Abg. Yvonne Averwesser fragt nach der Form einer Überprüfung der Förderplanung und der notwendigen Weiterentwicklung der Lehrkräfteausbildung. Zudem möchte sie wissen, ob die baulichen Voraussetzungen für alle Schulen geschaffen und finanziert werden könnten. Die Referierenden erklären, Diagnostik und Förderplanung erfolgten immer mit dem Ziel, dass daraus Schlüsse gezogen würden, um für die betroffenen Kinder eine Verbesserung zu erreichen. LALE sei ein wichtiges Instrument zur Leistungserhebung, dessen Daten im IQHB regelmäßig ausgewertet würden. Ole Stratmann ergänzt, dass seiner Meinung nach eine Abkehr von den starren

45-Minuten-Unterrichtsstunden notwendig sei und Unterricht individualisiert geöffnet werden solle. Bezüglich der Lehrkräfteausbildung und -schulung weist er auf die Fortbildungsangebote im LIS hin. Die räumlichen Gegebenheiten an der Delmestraße wiesen laut Raphael Stöcklin Mängel auf, insbesondere, da keinerlei Spielgeräte für die Schüler:innen vorhanden seien. Zur Finanzierung neuer Schulgebäude schlägt er Public-Private-Partnerships vor. Für die Stadt Bremerhaven weist Anke Detering darauf hin, dass hier mit der NGL die dritte Schule eröffnet wurde, die nach dem neuen Konzept konzipiert wurde. Alle äußern die Hoffnung, dass in Schulneubauten entsprechend investiert werde.

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss nimmt die Berichte zu TOP 4 zur Kenntnis.

TOP 5 Verschiedenes / Aktuelles

- **Stand der Bildungsabteilungen an den ReBUZ (Bastian Hartwig, SKB)**
 - **Einstellung der Nutzung externer Sprachmittlungsdienste in Schulen und ReBUZ der Stadtgemeinde Bremen (Lars Nelson, Xenia Köstergarten, SKB)**
-

Bastian Hartwig knüpft an seinen Bericht in der letzten Sitzung der Deputation für Kinder und Bildung zu den *Bildungsabteilungen an den ReBUZ* am 02.09.2025 an und liefert noch ausstehende Zahlen zur Stellen-Ausstattung der Multiprofessionellen Teams (nichtunterrichtendes Personal) nach (siehe Präsentation Anlage 5). Insgesamt seien in den Bi-A 54 VZ-Stellen angesiedelt. Stundenbedarfe durch Vertretungsanlässe für die Lehrkräfte an den Standorten würden, vergleichbar mit den Schulen, über die Stadtteilschule kompensiert.

Zur *Einstellung der Nutzung externer Sprachmittlungsdienste in Schulen und ReBUZ* erläutert Lars Nelson, dass aufgrund der angespannten Haushaltslage entschieden worden sei, bei der Sprachmittlung neue technische Möglichkeiten zum Einsatz zu bringen. Die Kosten zur Finanzierung der Sprachmittlung bewegten sich mittlerweile im sechsstelligen Bereich. Die Haushaltsstelle sei bereits im Frühjahr weit überschritten gewesen, was zu der haushälterisch motivierten Entscheidung geführt habe, die Finanzierung der Sprachmittlung einzustellen. Auch aus Sicht der Verwaltung sei ein längerfristiger Prozess der Neuplanung und Kommunikation mit den Schulen wünschenswert gewesen. Xenia Köstergarten ergänzt, dass die am häufigsten angefragten Sprachen: Arabisch, Kurdisch, Russisch, Türkisch, Ukrainisch und auch Englisch, mit Hilfe digitaler Programme/Apps übersetzt werden könnten; Rückmeldungen dazu aus einzelnen Schulen wären positiv. Problematischer seien selten gesprochene Sprachen; zudem finde durch die Sprachmittler:innen, insbesondere an den ReBUZ, nicht selten auch eine kulturelle Mittlung statt. Sie gehe davon aus, dass man in Einzelfällen zu einer Ausnahme-Entscheidung pro Sprachmittlungsdienst kommen werde.

Abg. Yvonne Averwerser regt eine Prüfung der Auswirkungen in Schulen und ReBUZ an und bittet darum, das Thema in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss nimmt die Berichte zu TOP 5 zur Kenntnis.

Die Sitzung wird um 11:48 Uhr geschlossen.

gez.

Yvonne Averwerser

Sprecherin des Ausschusses

gez.

Eva Wensierski

für das Protokoll

Anlagen